

ELF GRUPPEN VEREINT:

# Groß-Demo gegen den Gesundheitsplan in St. Pölten

[Niederösterreich](#)

21.04.2026 17:00



Die Plattform NÖ fordert die Neuverhandlung des vom Land beschlossenen Gesundheitspakts.  
(Bild: Attila Molnar)

Von René Denk

Elf Vereine und Initiativen laden am Donnerstag, 23. April zum Protest nach St. Pölten. In Gemeinden werden auch Busse organisiert. Die Forderung: den NÖ-Gesundheitsplan so neu zu verhandeln, dass noch alle Menschen ausreichend versorgt sind. Ein Marsch findet vom Bahnhof zur Landesregierung statt, wo die Abschlusskundgebung stattfindet. Die ÖVP lädt jetzt zum Dialog...

Die Plattform NÖ lädt am 23. April ab 10.45 Uhr zum St. Pöltner Bahnhof. „Die Veranstaltung ist für 500 bis 1000 Menschen angemeldet. Dann wird zum Landhaus marschiert. Der Protest wird von der Verkehrspolizei begleitet“, heißt es dazu von der Polizei. Der Marsch führt über die Kremser Gasse und Wiener Straße zum Landhaus zur Abschlusskundgebung. Um 12.50 Uhr endet die Demo, da dann bald darauf der Landtag tagt.

Aus dem ganzen Land, aber besonders aus den betroffenen Gebieten werden Menschen nach St. Pölten kommen, kündigt die „Plattform NÖ #Neuverhandlung Gesundheitsplan 2040+“ an. Sie besteht aus elf Vereinen und Initiativen wie „LKGmündbleibt“, „Pro Schwerpunktkrankenhaus Mistelbach“pö sowie den Bewegungen gegen das Zusperrern der Notarztstützpunkte „UnserNotarztBleibt“ in Purkersdorf, Waidhofen an der Ybbs, Ybbs/Persenbeug, Groß-Enzersdorf, Pöggstall, Retz, Klosterneuburg, Raabs und Hainburg. In einigen Gemeinden werden auch Busse organisiert.

### **Gegen Schließung von Notarztstützpunkten**

„Mit dieser Groß-Demo möchten wir ein Zeichen gegen die Verschlechterung der Gesundheitsinfrastruktur durch die Umsetzung des NÖ-Gesundheitsplans 2040+ setzen“, heißt es. Der „Druck von unten“ zeige Wirkung, sodass die Landesregierung jetzt mehr auf Kommunikation achte. „Das Problem ist aber nicht die Kommunikation, sondern das Zusperrern von Spitälern und Notarztstützpunkten. Damit verschlechtert sich die Versorgung vor Ort in vielen Teilen des Landes“, appelliert auch Gmünds Obfrau Tamara Schönsgibl, gegen die Ausdünnung zu protestieren.

### **Volkspartei lädt „zum Dialog“**

„Der Gesundheitsplan 2040+, der von Fachleuten erarbeitet wurde, ist die Lösung für viele der kommenden Herausforderungen im Gesundheitswesen“, heißt es aus den Reihen der Volkspartei. Klubobmann Kurt Hackl weiter: „Natürlich verstehen wir, dass diese Neuerungen auch für Verunsicherung sorgen können. Deshalb ist es unsere Aufgabe zu informieren, aufzuklären und die Sorgen ernst zu nehmen. Das machen wir sowohl seitens der Politik als auch seitens der Landesgesundheitsagentur laufend – und das werden wir auch am kommenden Donnerstag tun. Wir haben die Organisatorinnen und Organisatoren der Demonstration daher eingeladen, sich mit Fachleuten zum Gesundheitsplan im Landhaus auszutauschen.“ Mit dabei sein werden darüber hinaus die Gesundheitssprecher aller im Landtag vertretenen Parteien sowie die drei zuständigen Landesräte.